

klar**text**

Seite 4:

Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann – Spitzenkandidatin zur Europawahl

Seite 10:

2030 Kandidaten der PDS sagen:
Für soziale Kommunen!

Seite 12:

Es geht auch anders – alternative Politikangebote der PDS

**FÜR
soziale
Kommunen.**

Alternativen der PDS liegen auf dem Tisch

von Dr. Petra Sitte



„Papa soll hier Arbeit finden“, „Mit dem Rot-Rot-Stift kann man keine Bildungspolitik machen“, „Wir werden das Kind schon schauen“ – ja, ja, wir erinnern uns ...

Zwei Jahre sind diese flotten Sprüche jetzt alt. Es ist an der Zeit zu prüfen, was sich denn verändert hat und wo Sachsen-Anhalt heute steht.

So wie Menschen hier im Lande ganz persönlich die Politik der gewählten Parteien werten, so nehmen wir erst recht die Halbzeit der Wahlperiode zum Anlass, die Arbeit der Regierenden zu bilanzieren. ABER – wir beweihräuchern nicht in epischer Breite unsere Initiativen innerhalb und außerhalb des Landtages, obwohl es auch dazu eine ganze Menge zu sagen gäbe. Nein – wir bilanzieren diese Landesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU und FDP. Maßstäbe der Bewertung sind nichts Geringeres als die Wahlversprechen dieser Parteien selbst! Und sehr schnell müssen wir bemerken, dass von all den flotten Sprüchen nichts geblieben ist.

Bildung und Wissenschaft als Lieblings-Streichwiesen von CDU und FDP

Viel zu viele suchen noch immer vergeblich Ausbildung und Arbeit, die Investoren bereiten noch immer keinen groß angelegten Einfall in das Land vor. Bildung und Wissenschaft sind zu Lieblings-Streichwiesen dieser Landesregierung verkommen – wo soll da Neues wachsen, wie soll da Innovation entstehen, was soll da junge Leute im Lande Halten? Die Kindertagesstätten sind ja leider nur die Spitze des Eisberges. Und zugleich für 310.000 Menschen dieses Landes Anlass, ihren Protest zu manifestieren. Wir finden das ermutigend. Vieles ließe sich hier noch anführen, aber wir würden unserem Verständnis von Opposition nicht gerecht, wenn wir nicht zugleich Alternativen aufzeigten. Und Alternativen sind so notwendig wie auch machbar!

Die nüchterne Einschätzung des Ministerpräsidenten, dass die Zeiten schlecht für Aufschwünge sind, mag vielleicht zutreffen. Aber erstens wissen das die Menschen in Sachsen-Anhalt selbst, weil sie es jeden Tag spüren,

und zweitens helfen uns unterschiedslose Kürzungen über alle Felder hinweg auch nicht, wenn damit nur bis zu besseren Zeiten überwintert werden soll. Die besseren Zeiten kommen eben nicht mit der Zwangsläufigkeit der vier Jahreszeiten. Es ist die Aufgabe der gewählten Parteien, auch in schlechten Zeiten die Saat für eine gute Ernte in den Boden zu bringen.

Wer heute über die Zukunft des Landes redet, muss sich eben nicht nur die Frage stellen, wie diese Zukunft aussehen sollte, sondern was konkret notwendig ist, um endlich die Abwanderung von jungen – oftmals gut ausgebildeten – Leuten zu stoppen.

Für einen eigenständigen Entwicklungsweg Sachsen-Anhalts

Hauptmotiv des Gehens sind bessere Ausbildungs-, Beschäftigungs-, Verdienst- und damit Lebensperspektiven an anderen Orten. Unter diesem Dach haben wir unsere politischen Prioritäten gesetzt, denn diese Generation soll letztlich die Zukunft des Landes tragen, soll mit ihrem Wissen Entwicklung gestalten.

Wir huldigen nicht einem „Jugendwahn“. Wir reagieren damit nicht auf die „Generation Spaßgesellschaft“.

Vielmehr hängen Lebenswünsche und Hoffnungen aller im Land lebenden Menschen davon ab, ob die nächsten Generationen eine reale Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Und Selbstbestimmung braucht eine Basis, die sich zuerst aus Arbeit und Einkommen speist, bevor alle anderen Faktoren aus dem Lebensumfeld zu tragen kommen. Daher fordern und fördern wir mit unserem Ansatz einen eigenständigen und selbstbewussten Entwicklungsweg Sachsen-Anhalts mit einer Generation, die sich einbringen will und einbringen kann.

Zukunft fängt mit Perspektiven an. Diese politisch zu konzipieren heißt, in der Politik Gestaltungsbereitschaft und Widerstand aufbringen zu müssen. Sackgassendenken haben wir auf allen Ebenen, gleich ob in Bund oder Land! Deshalb werden sich CDU und SPD auch immer ähnlicher.

Wenn es so nicht geht – sagt sich der gesunde Menschenverstand – wie komme ich dann anders ans Ziel? Genau darin sehen wir unsere Herausforderung. Alternativen der PDS liegen auf dem Tisch, nicht nur des Landtages. Die kann man kritisieren, ablehnen oder begrüßen. Entscheidend bleibt, dass Menschen „sich Ihren eigenen Kopf machen“, selbst etwas bewegen wollen!

Es geht um unsere Zukunft!

Dr. Petra Sitte kandidiert am 13. Juni für den Stadtrat in Halle. Sie ist Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt.

KOLUMNE

Alternativen der PDS
liegen auf dem TischSeite 2

SEITE 3

Ich könnte ja zu Hause bleiben... .Seite 3

EUROPA

„Wenn wir uns nicht einmischen,
werden andere
dieses Europa gestalten.“Seite 4

Für einen kritischen und sozialen
europäischen HochschulraumSeite 6

SACHSEN-ANHALT

Es geht auch anders – alternative
Politikangebote der PDSSeite 12

KOMMUNE

Hausärztliche Versorgung
vor dem KollapsSeite 6

Kultur, die ihr Publikum findetSeite 7

Drei Bürgermeister im Gespräch... .Seite 8

Was sind eigentlich
„Zukunftsfähige Kommunen“?Seite 9

2030 Kandidaten sagen:
Für soziale Kommunen!Seite 10

Neue Arbeitsplätze
in der KreislaufwirtschaftSeite 14

TermineSeite 3

TermineSeite 13

ImpressumSeite 15

klar^{text}

Liebe Leserinnen und Leser,
an dieser Stelle einen herzlichen Dank für
Ihr Interesse an unserem Magazin. Viel-
leicht lesen Sie ja mittlerweile den **klar^{text}**
regelmäßig? Wir sind ständig bemüht,
Ihnen interessante Themen in einem
modernen Layout näher zu bringen.
Wie Sie wissen, wird der **klar^{text}** gänzlich
aus Spenden finanziert. Wir würden uns
freuen, wenn Sie uns in unserer ehrenamt-
lichen Arbeit durch eine Spende unterstüt-
zen würden.

Ihre Redaktion

Spendenkonto 118 825 901
Deutsche Bank 24 · BLZ 810 700 24
Kennwort: klar^{text}

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klar^{text}
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40

Fax: 03 91/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de
www.pds-sachsen-anhalt.de

Ich könnte ja zu Hause bleiben ...

von Sören Wittig

Zwölf Uhr früh, ich stehe auf, beginne meinen Tag: geduscht, gefrühstückt, Zigarette geraucht, ... Was mache ich denn sonst heute noch so, am Sonntag...? Ich könnte ja zu Hause bleiben... Ach ja, da war doch noch was? Es ist der 13. Juni, und die vom Amt hatten mir doch so 'ne Karte geschickt? Hier ist sie, ja genau, heute ist Wahltag! Wieder so 'ne Veranstaltung, wo die da oben meine Stimme haben wollen und dann alles anders machen, als sie vorher gesagt haben. Was wird den eigentlich wieder gewählt? Kommunal- und Europawahlen. Betrifft mich doch gar nicht? Die einen so weit weg, die anderen am Ende der Entscheidungskette. Was entscheiden die denn überhaupt?

Mal überlegen Europawahlen: Umwelt und Energie, na ja ich bin ja dafür, dass die Atomenergie schneller als bisher weniger wird und meine Umwelt besser als derzeit nach ökologischen Standards geschützt werden soll. Über die Landwirtschaft wird doch auch da entschieden. Die bedauernswerten Tiere, die durch ganz Europa gekarrt werden, und Gentechnik will ich auch nicht überall haben. Ich möchte ja frei bestimmen können, was ich essen mag. Die machen sich doch über noch mehr 'nen Kopf? Bildung, Kultur, Wirtschaft und Finanzen und dass ich frei reisen kann, dass jeder in Europa die gleichen Rechte erhält... Die bestimmen also über fast den gesamten Rahmen meines Lebens, meiner Lebensgrundlagen. Heute, der Ausgangspunkt meines zukünftigen Lebens?

Kommunalwahlen, wird hier nicht über den Gemeinderat und den Kreistag entschieden? Was haben die schon zu sagen, sind doch eh bloß die Handlanger der Landespolitik! Sollte

da nicht der Kindergarten an der Ecke, in den meine kleine Nichte geht, geschlossen werden, und die alte Schule in die ich ging, ist ja schon lange zu. In die Bibliothek gehe ich ja gern, und wenn's den Jugendklub nicht gegeben hätte, manche Feiern hätte ich nicht erlebt. Das Krankenhaus ist auch schon seit geraumer Zeit in der Diskussion und soll verkauft werden. Die Müll- und Abwassergebühren, die Jahr für Jahr teurer werden, nerven

„Wieder so 'ne Veranstaltung, wo die da oben meine Stimme haben wollen.“

mich ganz schön. Die Wirtschaftsförderung, die hier in meiner Stadt herrscht, könnte ein paar Innovationen vertragen, damit meine Mutter endlich wieder eine Arbeit hat und meine Freunde öfter als am Wochenende, wenn sie nicht im Westen arbeiten müssen, zu Hause sind.

Verdammt, das betrifft mich ja auch alles! Ich glaube, ich sollte wohl besser nicht zu Hause bleiben! Hm... Aber welcher Partei soll ich denn meine Stimme geben? Was sollte jemanden ausmachen, dem ich meine Stimme gebe? Auf jeden Fall sollten sie Visionen haben und sozial sinnvolle Vorschläge machen. Innovation zeigen, keine leeren Forderungen aufstellen und Lösungsansätze für Probleme anbieten, die sich nicht nur immer

für die Reichen als bezahlbar beweisen. Eine Partei ohne Meinung, die einem kaputten Auto gleicht, das beim Anlassen schon rumstänkert, blauen Qualm verbreitet und nicht vorwärts kommt, sollte es auch nicht sein. Es sollte jemand sein, der Chancen schafft für einen Kurswechsel und Alternativen zur derzeitigen Situation bietet. Sich nicht in eine Ecke setzt und rumheult, wenn sie nicht die Mehrheit erreicht, sondern dann die Entwicklung kritisch und konstruktiv begleitet. Sie sollte Köpfe haben, mit denen ich mich identifizieren kann und mit denen ich auch mal ein Bier trinken könnte, ohne dass ich schief angeschaut werde. Die Leute sollten durch die Reflexion der jetzigen Lage differenzierte sachorientierte Entscheidungen treffen können, ohne als erstes ihren persönlichen Vorteil zu erkunden. Sie sollten klare Ziele haben und erkennbar flexible Wege dahin anbieten können. Von mir wird ja auch täglich erwartet, dass ich alles zum Wohle meines Chefs gebe, wenn ich jeden Morgen auf Arbeit gehe, und ich als Wähler bin doch Wohl ein Teil des Chefs der Volksvertreter.

Ich werde daher nicht zu Hause bleiben, sondern den wählen, der mir nahe steht und dem ich vertrauen kann!

Und bei der nächsten Wahl werde ich wohl selbst als Kandidat mitmachen, um mich um die Probleme, die hier herrschen, zu kümmern, dass nicht immer nur die anderen entscheiden, denn es betrifft auch mich, und unpolitisch bin ich nicht.

Sören Wittig ist Student und hat gerade ein Praktikum bei der Landtagsfraktion der PDS absolviert.

Eine andere Politik ist möglich.

Wahlbus macht Station in Sachsen-Anhalt

5. Juni 2004, Magdeburg, 11.00 bis 16.00 Uhr auf dem Ulrichsplatz mit Petra Pau (MdB) und Helmuth Markov (MdB)

6. Juni 2004, Halle, ab 11.00 Uhr auf dem Marktplatz mit Lothar Bisky (Parteivorsitzender der PDS) und André Brie (MdB)

PDS

„Wenn wir uns nicht einmischen, werden andere dieses Europa gestalten.“

Interview mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (MDEP)

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidatin der PDS zur Europawahl am 13. Juni 2004. Als Vertreterin der Linksfraktion im Europäischen Parlament arbeitete sie aktiv im Verfassungskonvent an der Erarbeitung einer Europäischen Verfassung mit. klartext hatte die Gelegenheit, am Rande einer Veranstaltung in Weißenfels mit ihr ins Gespräch zu kommen.

Aus aktuellem Anlass: Seit dem Afghanistankrieg 2001 „bekämpfen“ wir weltweit den Terrorismus. Er ist jetzt mit den Anschlägen in Madrid endgültig in Europa angekommen. Wie muss Europa darauf reagieren?

Die Anschläge in Madrid sind eine wirkliche Tragödie und nicht hinnehmbare Terroranschläge in Europa. Sie zeigen, dass der internationale Terrorismus in Europa ist und das Problem ernst genommen werden muss. Deshalb ist es wichtig, dass Staaten und Polizeien enger kooperieren, dass Möglichkeiten gefunden werden, solche terroristischen Anschläge zu verhindern, z.B. durch wesentlichen besseren Informationsaustausch, der bis heute in Europa nicht funktioniert. Aber wir müssen auch ganz klar sagen, es darf keine Einschränkung von Bürgerrechten geben aus lauter Sorge vor weiteren terroristischen Anschlägen. Wir wollen nicht zu einem Polizei- oder Überwachungsstaat werden – weder in Deutschland noch in Europa. Deshalb ist es wichtig, dass unter der Überschrift Terrorismusbekämpfung ganz klar die Balance zwischen der notwendigen Bekämpfung solcher kriminellen Täter und der Sicherung von Bürgerrechten gewahrt wird.

Stichwort EU-Erweiterung: Sie steht an, neue Mitglieder kommen hinzu. Sehr oft wird das von gemischten Gefühlen begleitet. Sind die Sorgen berechtigt, oder gibt es mehr Chancen als Risiken?

Die Sorgen sind insofern berechtigt, weil die Europäische Union nicht nur die größte Erweiterung in ihrer Geschichte erlebt, sondern weil natürlich das wirtschaftliche, das soziale Gefälle in Europa durch die Erweiterung ein Ausmaß angenommen hat, das die alte Europäische Union nicht kennt. Das heißt: Es gibt viele zu lösende Probleme im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Sozialen, im Bereich der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, im Bereich der Strukturpolitik, des EU-Haushalts... Wir werden eine Reihe großer Probleme in Europa zu lösen haben. Das nehmen die Bürgerinnen und Bürger richtig wahr, und es wäre auch falsch von der Politik so zu tun, als wäre es nur ein wichtiges historisches

Datum, das keine Probleme mit sich bringt. Gleichzeitig will ich aber deutlich sagen: Für mich überwiegen die Chancen. Ich habe als PDS-Politikerin immer dafür gekämpft, dass die EU nicht ein Westeuropa bleibt, sondern dass Europa größer wird, Polen, Tschechien gehören selbstverständlich dazu. Die Länder haben enorme Veränderungsprozesse hinter sich und sagen zu Recht, wir gehören in dieses Europa, und ich freue mich darauf, dass sie Mitglied werden und die Europäische Union ihren Namen endlich verdient.

Die alten und die neuen Staaten in der EU sollen eine Verfassung bekommen. Du hast an dem Entwurf mitgearbeitet, Du hast einiges mit durchgesetzt – Stichworte Gleichstellung und Völkerrecht. Anderes ist aus Sicht der PDS kritikwürdig. Warum braucht Europa eine Verfassung?

Wir brauchen für Europa einen für die Bürgerinnen und Bürger verständlichen Vertrag.

Wir brauchen klare, transparente, demokratische Strukturen, und wir brauchen natürlich eine Politik in der Richtung, dass es wirklich ein Europa der Bürgerinnen und Bürger ist. Ein Stück weit wird das die Europäische Verfassung leisten können. Ich denke, wir sollten sehr genau verfolgen, was die Regierungen mit dem Entwurfstext des Konvents machen. Sie werden ihn verändern, das ist klar, aber ob in positiver oder negativer

Richtung, das sollten wir uns genau anschauen, denn die Verfassung wird, wahrscheinlich – wenn sie dann in Kraft tritt – für viele Jahre das Zusammenleben von 450 Millionen Menschen prägen. Sie wird ein sehr wichtiges Dokument sein.

Welche wirkliche Idee steht hinter dem erweiterten Europa? Damals, als nach dem zweiten Weltkrieg die ersten Schritte in Richtung Montanunion gegangen worden sind, gab es die Idee, solch einen Krieg nie wieder zuzulassen, der von Europa, von einem europäischen Staat ausgeht. Was ist die neue Idee für das neue Europa? Oder ist es nur ein größerer Markt, der sich dort formiert?

Es ist natürlich ein größerer Markt, der sich dort formiert. Das ist völlig klar. Aber ich will sagen: Die alte Idee ist für mich auch die neue Idee. Es ist überhaupt das wichtigste Projekt in Europa, dass wir etwas historisch noch nie da gewesenes ausprobieren, nämlich Staaten über noch nie gekannte Strukturen in Form der Europäischen Union so miteinander zu verbinden, einen gemeinsam Raum des Zusammenlebens von Staaten und Völkern so zu schaffen, dass tatsächlich in Europa, auf einem Kontinent,



der Jahrhunderte, Jahrtausende durch Kriege, Eroberungen, bis heute nachwirkende Verletzungen, Ressentiments usw. geprägt worden ist, nie wieder Krieg geschehen kann. Wenn das gelingt, dann ist das die lohnendste Idee, für die man sich engagieren kann.

Hat diese Idee auch den Verfassungskonvent getragen?

Wenn ich das so sagen darf: Ja. Es gab im Konvent etwas, was ich als „europäischen Geist“ bezeichnen würde, nämlich das gemeinsame Wollen, dieses Europa zu verändern, voranzubringen, Möglichkeiten für ein auch weiter größer werdendes Europa zu schaffen – es steht ja die Aufnahme Bulgariens, Rumäniens und möglicherweise weiterer Staaten an. So unterschiedlich, extrem unterschiedlich, die politischen Positionen, die Visionen von Europa sind und personell auch im Konvent vertreten waren, es war nicht das nationalistische, egoistische Eigeninteresse, was die Menschen im Konvent bewegt hat, sondern quer über die Fraktionen und die Parteien hinweg – der Versuch, an diesem Projekt mitzuarbeiten im gemeinsamen europäischen Geist. Das war für mich eine sehr interessante Erfahrung.

Ist der Prozess unumkehrbar?

Als gelernte Ossi würde ich nie wieder sagen, dass irgendetwas unumkehrbar ist. Diese Einschätzung von Geschichtsprozessen, mit denen ich einmal groß geworden bin, würde ich nicht mehr vertreten wollen. Wenn man möchte, dass etwas unumkehrbar ist, z.B. die Europäische Integration, dann ist man Tag und Nacht gefordert, dafür etwas zu tun, denn im Selbstlauf passieren Dinge nicht.

Also Goethes: Erwirb es, um es zu besitzen.

Ja. So könnte man das sagen.

Die PDS will – in einer eigenartigen Konstellation zusammen mit der FDP – eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung auch in Deutschland herbeiführen. Die Chancen dazu stehen nicht gut. Aber die PDS bleibt bei der Forderung nach einer Volksabstimmung...

Ja. Der Vertrag ist – wie gesagt – äußerst wichtig, und wir wollen nicht, dass nur die Politik, nur die Parlamente darüber entscheiden, wie Europa künftig aussehen soll. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erstens darüber informiert sein, welche Weichenstellungen für die Europäische Entwicklung mit der Verfassung verbunden sind, und sie müssen zweitens das Recht haben, darüber mitzuentcheiden. Nur so – finde ich – erhält die Europäische Einigung die notwendige Legitimation, nämlich durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Wir haben das als PDS im

Unterschied zur FDP schon immer gefordert. Für mich ist das jetzt bei der FDP eine ziemlich durchsichtige Kampagne mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen. Wir haben als PDS sowohl zum Maastricht-Vertrag als auch zum Vertrag von Amsterdam im Bundestag entsprechende Anträge eingebracht, und damals hat keine Partei, auch die FDP nicht, gesagt: Ja, Europa ist wichtig und die Annahme der Verträge sollte durch die Bürgerinnen und Bürger mitentschieden werden. Daran sollte man die FDP ruhig erinnern im Wahlkampf.

Im Mai wird sich eine Europäische Linkspartei gründen. Die PDS will dabei sein. Wofür brauchen wir eine Europäische Linkspartei?

Wir brauchen die Europäische Linkspartei ganz einfach deshalb, weil Europa so was von wichtig ist, mir das so am Herzen liegt, dass ich mir wünsche, dass es endlich allen so am Herzen liegt, wie mir, nämlich, dass Europa nicht weit weg ist, hier in Sachsen-Anhalt, hier in Weißenfels, überall ist Europa. Wenn wir uns nicht einmischen, werden andere dieses Europa gestalten und die Linke muss sehen, dass sie wesentlich konzentrierter, wesentlich zielgenauer, aktionsreicher sich in diesen politischen Prozess einbringt, und deshalb brauchen wir diese Europäische Linkspartei.

Am 13. Juni sind in Sachsen-Anhalt nicht nur Europawahlen, sondern auch Kommunalwahlen. Ein gemeinsamer Termin, der aber auch symbolisch dafür stehen kann, wie viel Europa und Kommune mittlerweile miteinander zu tun haben. Viele Dinge, die ihr im Europäischen Parlament oder die Europäische Kommission entscheidet, haben schließlich unmittelbare Auswirkungen auf die kleinste Gemeinde...

Das ist völlig richtig. Deshalb ist es z.B. in der Bundesrepublik – in anderen Ländern auch – um so wichtiger, dass man auch in den innerstaatlichen Entscheidungsstrukturen dies besser berücksichtigt. Das heißt, die Anliegen der Kommunen, die Anliegen der großen Städte, der Dörfer müssen im Vorentscheidungsprozess, bevor etwas bei uns im Europäischen Parlament oder beim Ministerrat ankommt, besser diskutiert werden. Ich glaube, dass die Diskussion darüber, wie die Interessen der Kommunen durch die Bundesregierung im Ministerrat berücksichtigt werden, wie die Interessen der Landtage in der Europapolitik über den Bundesrat vertreten werden, im Zusammenhang mit der gesamten Föderalismusdebatte, die gegenwärtig stattfindet, dringend erforderlich ist.

Ihr seid in eurer Fraktion im Europäischen Parlament eine ziemlich bunte Truppe. Wie funktioniert das?

Es funktioniert vor allen Dingen deshalb, weil wir uns als Gruppe wirklich verpflichtet gese-

hen haben, entsprechend den Vorgaben des PDS-Wahlprogramms im Europäischen Parlament zu agieren. Wir haben in der Gruppe eine sehr kluge Arbeitsteilung gehabt: Einzelverantwortlichkeiten für einige der sehr wichtigen Themenbereiche. Wir konnten zu sechst natürlich nicht alles abdecken, aber wir haben sehr fleißige Abgeordnete im Europäischen Parlament gehabt und auch immer einen Zusammenhalt als Gruppe, so dass wir insgesamt mit der Bilanz unserer Arbeit sehr zufrieden sein können.

Und die Integration eurer kleinen Gruppe in die große Fraktion der Linken?

Ich bin stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Helmuth Markov ist Schatzmeister der Fraktion, hat also auch eine sehr wichtige Rolle gespielt. Ich glaube, dass man rückblickend sagen kann, dass viele Initiativen der Fraktion auf Initiativen unserer Gruppe zurückgehen. Ich will ein Beispiel nennen, das auch hier in der Bundesrepublik Medienschlagzeilen gebracht hat, nämlich im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg: Der Film des britischen Dokumentarfilmers Jaimie Doran, in dem nachgewiesen wurde, dass wahrscheinlich Kriegsverbrechen an gefangenen Taliban unter den Augen der amerikanischen Soldaten in Afghanistan stattgefunden haben. Das ist ein Film, der weltweit für Aufsehen gesorgt hat bis hin nach Australien, den wir unterstützt haben und der durch die Fraktion unterstützt wurde und das Thema Afghanistan-Krieg in hohem Maße in die öffentliche Diskussion gebracht hat.

Du hast in der letzten Legislatur als Mitglied des Konvents ein für Dich persönlich großes Projekt begleitet, den Verfassungsentwurf. Welche große Aufgabe siehst Du für Dich – wenn die PDS den Einzug ins Europaparlament schafft – die in der nächsten Legislatur gelöst werden muss?

Also Deine Frage geht in die falsche Richtung: Nicht, wenn die PDS es schafft, sondern die PDS schafft es. Punkt Eins. Und Punkt Zwei: Ich denke darüber ganz intensiv nach, habe mich persönlich aber noch nicht entschieden, weil mich sehr viele unterschiedliche Politikbereiche interessieren. Ich werde also sehen, wie sich mit der Neukonstituierung des Parlaments und der neuen Fraktion meine persönlichen Interessen in Übereinstimmung mit unseren Aufgaben bringen lassen. Aber ich bin sicher, dass ich ein ganz spannendes Thema bearbeiten werde.

Wir danken dir herzlich.

www.sylvia-yvonnekaufmann.de

Das Gespräch führten Matthias Höhn (Chefredakteur) und Dr. Martin Reso.

Für einen kritischen und sozialen europäischen Hochschulraum

von Jan Korte

Die Entwicklung eines europäischen Hochschulraumes im Rahmen des so genannten „Bologna-Prozesses“ ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Ideen der studentischen Freizügigkeit – Abschlüsse, die überall in Europa anerkannt werden, und ein Hochschulsystem, das als soziale und kulturelle Einheit mit allen länderspezifischen Unterschieden begriffen wird – sind im Rahmen der europäischen Union logisch und sinnvoll.

Leider wird der „Bologna-Prozess“ gerade in der Bundesrepublik dazu genutzt, den Zugang zum Studium zu erschweren und massiv Kontroll- und Zugangsbeschränkungen einzuführen. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraums wird vor allem auf die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen reduziert, die wiederum von einem in erster Linie technokratischen Bildungsbegriff ausgehen: Es sollen Grundkenntnisse vermittelt werden, die die Konkurrenzfähigkeit garantieren sollen. Kurz, es geht um eine Bil-

dungspolitik, die den Interessen der Wirtschaft zu dienen hat.

Die PDS sieht in der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes eine Chance und einen Prozess, der auch anders gestaltet werden kann:

- Es muss eine umfassende, qualitativ hochwertige Ausbildung garantiert werden.
- Die europaweite Anerkennung von Studienabschlüssen muss um die europaweite Anerkennung von Berufsausbildungsabschlüssen erweitert werden.
- Die europäische Vielfalt und Verschiedenheit von Bildung und Ausbildung muss gesichert werden.
- Europaweit muss die Selbstverwaltung der Hochschulen gestärkt werden.
- Die PDS tritt für ein generelles Studiengebührenverbot ein.
- Die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes muss mit allen Beteiligten,

wie z.B. studentischen Organisationen, entwickelt werden.

- Die PDS widersetzt sich einem Bildungsbe-griff, der Bildung als Ware betrachtet. Viel-mehr sieht die PDS in einer breiten Bildung die Chance zur Entwicklung eines kritischen Denkens, was die Voraussetzung zur Veränderung einer unsozialen Gesellschaft ist.
- Die Austauschprogramme der EU, wie z.B. ERASMUS, müssen ausgebaut werden, um es weit mehr jungen Menschen als bisher zu ermöglichen, ökonomisch abgesichert ein Bildungsjahr im Ausland zu verbringen.
- Die PDS lehnt die Bildung von Eliteuniversitäten und einen zunehmenden Wettbewerb unter den Hochschulen entschieden ab.

Jan Korte kandidiert für das Europaparlament. Er ist aktiv in der Hochschulgruppe Hannover der PDS.

Hausärztliche Versorgung vor dem Kollaps

von Dieter Kowalski

Die ersten großen Krankenkassen haben eine Senkung der Beiträge angekündigt, und schon hört man die Politiker der Regierungskoalition jubeln: „Die Gesundheitsreform beginnt zu greifen.“ Für die Versicherten besteht aber nicht der geringste Grund zum Jubeln, denn das, was bei der Reform eingespart wird, müssen sie aus eigener Tasche zuzahlen. Wenn man es genau betrachtet, hebt diese vorerst letzte Gesundheitsreform die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung zugunsten der Wirtschaft aus. Da es hier um das eigene Portemonnaie geht, wird diese Problematik von der Bevölkerung auch wahrgenommen. Ein für die Zukunft vielleicht noch wichtiger Gesichtspunkt wird aber nur hin und wieder mal angeschnitten: das Gespenst des Ärztemangels!

Wie real ist dieses Gespenst nun wirklich? Zur Beurteilung der Situation in der ambulanten Versorgung muss man sich anschauen, wie viele Patienten in einem Gebiet durchschnittlich von einem Arzt betreut werden müssen. Dazu gibt es vorgegebene Richtgrößen, die auf jeden Kreis heruntergerechnet werden. Hier beginnt bereits das erste Problem. Die Besiedlungsdichte ist extrem unterschiedlich, und für große Teile der Bevölkerung auf dem Land sind schon jetzt Ärzte bestimmter Fachrichtungen ohne eigenen PKW nicht mehr erreichbar. Ärzte der spezialisierten Fachgebiete lassen sich nur in größeren Städten nieder, da sie in dünn besiedelten Gebieten wirtschaftlich nicht überleben können, und der öffentliche Personennahverkehr richtet sein Angebot natürlich nicht nach Patientenbedürfnissen ein.

Die Gesundheitsreform hat nun zu einer gerin-

geren Inanspruchnahme der Ärzte geführt, da viele Patienten die „Eintrittsgebühr“ von zehn Euro scheuen. In Hessen hat das dazu geführt, dass man fast überall ohne Voranmeldung



sofort bei einem Facharzt behandelt werden kann. Warum greift das in Sachsen-Anhalt nicht? Die Ursache ist in der so genannten Alterspyramide zu suchen. Im Verhältnis zu den alten Bundesländern ist die Bevölkerung hier im Osten hoffnungslos überaltert, da die leistungsfähige Jugend mangels Arbeitsplätzen in Richtung Westen abgewandert ist. Aber je älter die Bevölkerung, desto größer ist der Betreuungsbedarf. Die Richtgrößen für die Niederlassungszulassung berücksichtigen dieses Problem überhaupt nicht. Aber selbst bei

einem Vergleich der Altersgruppen untereinander besteht hierzulande ein höherer Betreuungsbedarf, da nachgewiesenermaßen die Bevölkerung in den neuen Bundesländern einen schlechteren Gesundheitszustand hat. Dafür gibt es viele Gründe. Einer davon ist die größere Arbeitslosigkeit. Dass sie im wahrsten Sinne des Wortes krank macht, steht inzwischen außer Zweifel.

Aber nicht nur die Bevölkerung ist überaltert, auch die Ärzteschaft selbst hat große Nachwuchsprobleme. Das betrifft insbesondere die Hausärzte. Schon jetzt besteht nur noch in den Städten Halle und Magdeburg rein rechnerisch eine ausreichende Zahl von Hausärzten zur Verfügung. In allen anderen Kreisen funktioniert die hausärztliche Betreuung nur noch deswegen, weil die Patienten von Kollegen, die in Rente gehen, von den verbleibenden Ärzten mitversorgt werden. Das ist aber ein Teufelskreis, da die Arbeitsbelastung dieser Kollegen mit zunehmendem Alter immer größer wird. In der Praxis führt das dazu, dass immer mehr Ärzte schon vor Erreichen des 65. Geburtstages in Rente gehen, weil sie der zunehmenden Belastung nicht mehr gewachsen sind. Ohne Gegensteuerung wird die hausärztliche Versorgung auf dem Lande innerhalb weniger Jahre kollabieren. Die Politik ist gefragt, kann aber nicht handeln, da sie in den wirtschaftlichen Interessen der Industrie gefangen ist. Mit Reformen kommt man hier nicht mehr weiter, es wäre schon eine „Revolution“ erforderlich.

Dieter Kowalski ist praktizierender Arzt in Karsdorf und kandidierte 2002 für die PDS zur Landtagswahl.

Kultur, die ihr Publikum findet

von Anke Lohmann und Frank Baier

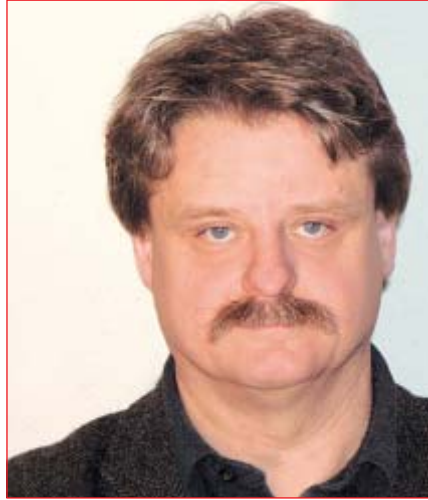
Sonnabend, 20. März. Das Steintor-Varieté in Halle erlebt eine für das Haus nicht gerade übliche Veranstaltung. Von den Rängen PDS-Fahnen, im Foyer hängt der Stadtplan von Halle und zahlreiche Zettel mit persönlichen Vorstellungen. Im Saal sitzen an knallrot bespannten Tischreihen über hundert Leute. Die Sozialistinnen und Sozialisten wählen ihre Kandidaten zur Kommunalwahl.

Es ist um die Mittagszeit, als ein Mann sich zu seiner Kandidatur erklärt, der der Hausherr des Steintor-Varieté ist: Rudenz Schramm, parteilos, 50 Jahre. Die Delegierten hören aufmerksam zu, was er zu seiner Person, zu seiner Arbeit, zu seinen (kultur-)politischen Vorstellungen sagt. Ein wenig scheinen beide Seiten stolz, die Delegierten, weil sie wissen, dass sie mit diesem Kandidaten im Wahlkampf und im Stadtrat wuchern können, und der Kandidat, weil er überzeugt ist, mit der Entscheidung zu dieser Kandidatur richtig zu handeln. Die Vorstellung am Rednerpult ist kurz. Das Wahlergebnis spannend, aber auch nicht spektakulär. Wenige Stunden später, die Tagung ist vorbei, stehen im Foyer des Steintors drei Leute zusammen, ein Bier in der Hand, gelöste Stimmung, lachend. Rudenz Schramm, Roland Claus und Erhard Preuk, letzterer ist Chefdramaturg des neuen theaters und ebenfalls parteiloser Kandidat für die PDS, besprechen Ideen für den Wahlkampf. Am nächsten Tag, es ist Sonntag Mittag, ein Anruf aus der Lokalredaktion, der Redakteur schreibt am Artikel über den PDS-Parteitag. Als Parteiloser und „Neuling“ gleich auf Platz 1 der Liste im Wahlbereich? – Ja, aber warum sollten wir den verstecken?

Nun also Spitzenkandidat in Halles Altstadt, eine viel beachtete Kandidatur. In den nächsten Tagen viele Anrufe im Steintor, Ermütigung zumeist, kaum Kritik an der Entscheidung. Selbst die Lokalredaktion bringt neben dem Artikel ein Bild, das von Rudenz Schramm. Ein Anruf kommt bei der PDS Halle an: klartext will ein Porträt bringen.

Wir treffen Rudenz Schramm in „seinem“ Haus, dem Steintor-Varieté. Ein heller, sachlicher Raum, Schreibtisch, der unverzichtbare Computer, das Fenster offen. Unsere ersten Fragen streifen den Werdegang. Rudenz erzählt ruhig, konzentriert, gelegentlich mit einem Lächeln. Geboren 1954 in Eisenach; die Eltern „das war ein bürgerlicher Bäckerhaushalt, gesellschaftlich engagiert, aber doch mit relativ großem Abstand zu dem, was sich DDR nannte.“ Der Kontakt zur Jungen Gemeinde, die 10. Klasse, das Abitur an der Volkshochschule und parallel die Lehre als Konditor. 1972 kommt Rudenz zum ersten Mal nach Halle, der Anlass ist ein Zentraler Berufswettbewerb, und Rudenz wird DDR-bester Konditor. Danach ist der Facharbeiterbrief fast nur Formsache. „Zum kurzfristigen Leide meiner Eltern“, erzählt Rudenz, geht er

nicht in den Beruf, sondern fängt in Ilmenau an, Mathematik zu studieren. Es sind wohl die Jahre in Ilmenau, die den künftigen Weg wesentlich prägen. Ein ambitionierter, politisch engagierter Jugendklub, die ersten orga-



Rudenz Schramm, Chef des Steintor-Varieté

nisierten Jazzkonzerte, die Klubkneipe, prägende Kontakte, die über die Zeiten halten. Das Mathe-Studium, „die wichtigste Nebensache“ wird beendet, Rudenz wird als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hochschulleitung zuständig, unter anderem für den Jugendklub. Vielleicht ist es die Sturm-und-Drang-Zeit, die sich mit Worten wie FDJ-Jugendtanzmusikwerkstatttage bezeichnet. „Wo ich also dann mit der ganzen Szene zu tun hatte.“ Es folgt ein Studium der Kulturwissenschaft in Leipzig, die Heirat mit Martina,

„Jeder Hallenser war irgendwann mal im Steintor.“

der Wechsel nach Halle. Rudenz arbeitet als kulturpolitischer Mitarbeiter in der „Schorre“, die damals Jugendklubhaus Philipp Müller heißt. Das Studium in Leipzig absolviert er neben dieser Arbeit. Der Blick wandert zum Fenster, was ist vergangen und was bleibt, von den vielen kleinen und großen Kämpfen um Verbot oder Nicht-Verbot von Veranstaltungen, vom Ringen um die wichtigen Freiräume, von den vielen nötigen Tricks, von der immer wieder notwendigen Courage. Mensching und Wenzel, die Rockkonzerte in der Galgenbergschlucht, das Szene-Blatt, der Streit um FDJ-Ordnungsgruppen...

Rudenz wird, da ist er erst 30 Jahre alt, Direktor der Konzert- und Gastspieldirektion im Bezirk Halle. Und im September '89 tritt er in Berlin den Posten des stellvertretenden Generaldirektors beim Komitee für Unterhaltungskunst an. Da ist die Atmosphäre schon anders

als in Halle. Unterhaltungskünstler schreiben Resolutionen, bringen sie mit der Straßenbahn ins ZK. Der Wille und das Gefühl, ändern zu können, was geändert werden muss, prägt diese Monate. In der Wendezeit kommt er wieder nach Halle: „die Stadt hat sich gefreut, dass ich ein bisschen Steintor machen wollte.“ Das Steintor-Varieté ist bis '92 in kommunaler Hand, dann wird es als erste kulturelle Einrichtung in Halle abgewickelt. Mehrere Jahre steht es leer, bis Investoren eine Wiedereröffnung möglich machen. Rudenz wird geschäftsführender Gesellschafter, übernimmt das Veranstaltungsmanagement.

Mit der Wiedereröffnung hat Halle ein traditionsreiches Haus zurück, einmalig in architektonischer Struktur und historischer Entwicklung. „Jeder Hallenser war irgendwann mal im Steintor.“ Rudenz will Kultur in seinem Haus, die ihr Publikum findet. Er will nicht vorschreiben, was Leuten gefallen soll. „Von der Bandbreite findet ja jetzt alles hier statt, was in irgendeiner Form Publikum erreicht“. Das ist auch der finanziellen Situation geschuldet. Das Steintor muss ohne jegliche Subvention auskommen. Man spürt den Stolz, dass dies funktioniert. Den Gegensatz zu anderen Häusern beschreibt Rudenz ohne Neid, um dann doch laut darüber nachzudenken, ob das tradierte Stadttheaterprinzip so noch zeitgemäß sei.

So sind wir angekommen bei dem Thema, für das Rudenz zuallererst im Stadtrat streiten will: der kommunalen Kulturpolitik. Rudenz spricht vom Spannungsfeld hallescher Geschichte und kultureller Identität: Universität und Franckesche Stiftungen, die schnelle Industrialisierung, der Stadtbau, die Nähe und Konkurrenz zu Leipzig. Das dadurch eigentümliche Identitätsgefühl. Er spricht eindringlich von den kleineren, untrüben Gruppen, von den vielen interessanten Projekten, die die Szene in Halle hervorbringt. Aber ebenso eindringlich vom „Drumherum“: „der ganze Überbau, das Tangierende, das ist einfach zu schwerfällig, zu unflexibel, zu satt. Da müsste man sich einen Kopf machen.“ Es ist dieser Teil unseres Gesprächs, wo wir spüren, hier ist einer mit der ganzen Person dabei. Unaufgeregter Ernst, engagiert, klug, erfahren. Hier kennt er sich aus und mischt mit.

Anderes ist mit der Entscheidung zur Kandidatur neu hinzugekommen: Worte wie Klausurtagung und Fraktionssitzung finden Eingang in den Kalender. Etwas schelmisch die Antwort zu seinen Erfahrungen mit der PDS: „Nicht so, dass sie mich von meiner Entscheidung abbringen können.“ Dass es der Spitzenplatz auf der Liste ist, findet er selbst erstaunlich. Und fügt hinzu: „Atmosphärisch fand ich es sehr angenehm und fühle mich da auch sehr aufgenommen. Das ist ein guter Rahmen, von dem man aus agieren kann.“

Drei Bürgermeister im Gespräch...

von Dr. Thomas Drzisga



„Die Gemeinden bilden die Basis des vor Ort erlebbaren und gestaltbaren demokratischen Gemeinwesens. Ihre Aufgabe ist es, auf der Grundlage der Selbstverwaltung die Bürgergesellschaft sozial, kulturell, ökonomisch und ökologisch zur Entfaltung zu bringen. Durch die Internationalisierung bzw. Globalisierung verliert nicht, sondern gewinnt die lokale Politik an Bedeutung. Unterfinanziert und ohne Gestaltungsraum werden die Kommunen keinen Beitrag zur Lösung dieser Herausforderungen leisten können.“

Nein, das entstammt keinem PDS-Dokument, die Quelle entspringt dem Städte- und Gemeindebund des Landes, nachzulesen in der „Denkschrift zur kommunalen Selbstverwaltung“ vom 19. April 2004 (www.komsa-net.de unter dem Button „Informationen“).

Auch Begriffe wie „soziale Kommune, soziale Stadt“ entstammen nicht unbedingt dem PDS-Vokabular. Mein Lieblingsfremdwörterbuch „Handbuch der Fremdwörter“ von Dr. Friedrich Erdmann Petri aus dem Jahre 1879 kennt zwar den Begriff „Sowjet“ (!), den Begriff „sozial“ kennt es nicht...

Eine interessante Betrachtung zur Frage „zukunftsfähige Kommune“ liefert Carla Vollmer von der Deutsche Umwelthilfe e.V. (s. Kasten), und was sie dazu meint, lässt sich durchaus mit der Begrifflichkeit der „sozialen Kommune“ verbinden.

Die Leute wollen da, wo sie wohnen, Leben spüren

Grund genug, kenntnisreiche Menschen zu befragen, was wohl sie unter solch' eigenartigen Konstrukten wie „soziale Kommune“ verstehen: Ulrich Koppe (Bürgermeister von

Klötze), Reinhard Rumprecht (Oberbürgermeister von Merseburg), Ria Theil (Bürgermeisterin von Droyßig).

An der Spitze steht – ganz „unprogrammatisch“ – viel Vergleichbares. Die Leute wollen da, wo sie wohnen, Leben spüren, sie wollen keine Schlafdörfer oder -städte. Wohnung und Wohnumfeld sind ganz wichtig, dazu kommen die Chance auf Arbeit und Ausbildung, die Betreuung der Kinder, solche trivialen (?) Dinge wie Sozialeinrichtungen, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Arzt, Frisör, Bibliothek, Jugendklub, Sportplatz, Turnhalle, Bank, Post, Freizeitmöglichkeiten und Verwaltung. Es fällt der Begriff der „weichen Standortfaktoren“, beschworen wird „das Ensemble der so genannten freiwilligen Aufgaben“, die das Leben in der Kommune sozial, also lebenswert machen. Die „Pflichtaufgaben“ sind halt die Pflicht, das Lebenswerte erwächst eher aus der Kür ...

Nicht alles hängt am Geld, das Wesentliche wohl schon

Klar, da steht sofort die Frage nach dem Gelde, an dem es hängt, zu dem es drängt. Auch hier klare Worte. Nicht alles hängt am Geld, das Wesentliche wohl schon. Allerdings: „Weniger Geld erfordert mehr Kreativität, Schaffung von Synergien und Definierung von Prioritäten.“ Klar aber auch: Guter Wille allein reicht nicht aus, die Kommunen brauchen dringend verlässliche Einnahmequellen. 1997 sagte ein damals befragter Bürgermeister zum Thema, er freue sich über jeden Hundeschwanz im Dorf, die Hundesteuer komme ja wenigstens der Kommune direkt in die Kasse. Das kann es aber nicht sein –

ohne eine grundlegende Veränderung der Finanzausstattung der Kommunen wird es nicht gehen. Das kann die Kommune aber nicht. Das Land (alleine) auch nicht, da ist der Bund gefragt. Und es bleibt die Frage offen, warum bis heute der große Aufstand der Kommunen und Länder gegen das Finanzregime des Bundes ausblieb. Schließlich bilden die den Bund, und nicht umgekehrt! So fallen denn die Antworten auf die Frage, was denn von „oben“ erwartet bzw. verlangt wird, ziemlich einhellig aus: Durchgreifende Reformen der Gemeindefinanzierung, sichere Aussagen über finanzielle Zuweisungen über mehrere Jahre. Und das nicht ohne Grund, „Gestaltung ist auf Grund fehlender Finanzen kaum noch möglich. Angesichts geringer Mittel muss jeder Stadt- und Gemeinderat abwägen, welche ‚so genannten freiwilligen Leistungen‘ er für seine Einwohner noch vorhalten will.“ Auch das ist traurige Wahrheit, für kleine Gemeinden vor allem. Alles läuft noch, aber nichts geht mehr, wie Grass es formuliert, da wird Selbstverwaltung zum Fremdwort. Die aber gerade ist es doch, die Leben ausmacht.

„Es geschieht nichts, was Menschen nicht geschehen lassen!“

Da geht es nicht um den Stadt- oder Gemeinderat. Das Engagement von Leuten in ihrem Ort ist es, was Bewegung bringt: „Ohne Teilnahme der Leute bei der Gestaltung des Lebens in der Stadt geht nichts.“, „Vereine unterschiedlichster Interessen engagieren sich für die Ausgestaltung von gemeindlichen Höhepunkten, einheimische Unternehmen und Handwerksbetriebe leisten einen kleinen Obolus zur Finanzierung“, „Angesichts schrumpfender Städte, fehlender Finanzen und immer engerer Spielräume der kommunalen Selbstverwaltung geht nichts mehr ohne die Menschen, die hier leben, um die Städte lebens- und zukunftsfähig zu gestalten.“

Und ganz schnell sind wir bei dem derzeit wohl bittersten aller Probleme – die jungen Leute hauen ab. Was dagegen tun? Ausbildung und Arbeit, Freiräume für die jungen Leute schaffen, wo sie selbst gestalten, etwas tun können. Die Schule soll erreichbar bleiben ohne große Rundreisen, Möglichkeiten für den Sport sind wichtig, die Freizeit in Clubs oder so. Aber auch das: Mitsprache, Mitverantwortung für ihre Lebenswünsche, auch Teilhabe am dörflichen Leben garantieren. Also nicht nur anbieten – es geht wohl um mehr. Wo ich etwas zu verantworten habe, da pflege und hege ich das auch. Gilt wohl nicht nur für den Jugendclub, auch für die Kommune selbst. Wie viele junge Leute sitzen in den Räten, und wie viele bekommen im Juni eine Chance, dort einzuziehen? Haben wir nicht gefragt, die Antwort aber wäre spannend. Und zum Glück noch offen. Und viel-



Ulrich Koppe
Bürgermeister der Stadt Klötze



Reinhard Rumprecht
Oberbürgermeister der Stadt Merseburg



Ria Theil
Bürgermeisterin der Gemeinde Droyßig

leicht setzen junge Leute ja auch ganz andere Prioritäten, wie das heute heißt ... ?

Die Ermutigung mitzureden müssen ihnen wohl aber auch die Älteren geben. Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ist das noch eher unüblich. Da ist noch zuviel „etwas für sie tun“, zuwenig „Was ihr selber wollt, müsst Ihr auch selbst erstreiten.“ Denn die kalte Dusche steht gleich um die Ecke, wer einbiegt, wird erst einmal davon getroffen. Was können denn die Räte in Städten und Gemeinden? „Die Spielräume werden definiert durch Möglichkeiten, die die Haushaltspläne hergeben.“ Das ist – ohne jeden Vorwurf – weder sonderlich attraktiv noch ermutigend. Klar, es gibt ermutigende Beispiele, es gibt Kampf, auch erfolgreichen, um dieses oder jenes. Bibliotheken konnten bis-

lang erhalten werden, Clubs, soziale Beratungsstellen, Sportanlagen, selbst Kindereinrichtungen, „trotz des unausgegorenen Kinderförderungsgesetzes des Landes“. Aber das „Löcken wider den Stachel“, die Ermutigung zu „zivilem Ungehorsam“ – sind das die Dinge, die wir jungen Leuten nahe bringen? Allen anderen übrigens auch? Gysi hat einmal gesagt: „Es geschieht nichts, was Menschen nicht geschehen lassen!“.

Die Räte brauchen eine breite Legitimation

Und so eingeschränkt die Macht der Räte oft erscheint: Sie haben eine öffentliche Stimme, die gehört, die aber auch erwartet wird. Gewiss, da treten so häufig die „Sachzwänge“ auf den Plan, die oftmals enge Grenzen

setzen. Aber selbst die sind ja nicht gottgegeben, sie sind letztlich auch von Menschen gemacht, können also von Menschen verändert werden. Nur – nicht alleine von den Menschen in den Räten. Wenn die Leute in den Kommunen sich die Probleme der Kommunen zueigen machen, dann kann da Veränderung heranwachsen. Was von unten wächst, ist oftmals am stabilsten. Wählen gehen ist also das eine, und es ist wichtig. Die Räte brauchen eine breite Legitimation.

Wichtiger noch sind Mittun, Zivilcourage, ziviler Ungehorsam. Die soziale Kommune erwächst aus dem sozialen Handeln der Menschen, die in ihr leben.

So gesehen, ist der Wahltag 13. Juni ein wichtiger Tag – aber er sollte bestenfalls ein Anfang sein!

Was sind eigentlich „Zukunftsfähige Kommunen“?

- Zukunftsfähige Kommunen sind Orte, in denen Menschen sich sicher sowie wohl fühlen und dort gerne leben. Es sind:
 - Orte mit einer geringen Kriminalitätsrate, in denen sich Kinder, Jugendliche und Frauen sicher bewegen können. „Zukunftsfähig“ sind Städte und Gemeinden, wenn sie den Kindern ihre Unbekümmertheit und Gesundheit wahren.
 - Orte in denen ausreichende Flächen zur Erholung und zur Freizeitgestaltung wie Wälder, Parkanlagen oder Sportanlagen zur Verfügung stehen und in den genügend Kulturangebote vorhanden sind. Erholung, Kultur und Ruhe tragen wesentlich zur subjektiven Lebenszufriedenheit bei.
 - Zukunftsfähige Kommunen sind Orte, in denen „Soziale Gerechtigkeit“ kein Fremdwort ist. Soziale Stabilität ist Lebensgrundlage für Menschen, die dort leben. Sie gibt Sicherheit und eröffnet Perspektiven. Ausbildungschancen und Arbeitschancen für Jugendlichen und Erwachsene sind wichtig, spiegeln diese

doch die Überlebenseaussicht einer Gesellschaft wider.

- Zukunftsfähige Kommunen sind Orte, in denen Chancengleichheit und faires Miteinander für alle Menschen – seien Behinderte, Obdachlose oder Migranten – keine Worthülsen sind. In einer sozialen Stadt ist das gelebte Gemeinwesen ein Kontrapunkt gegenüber Isolation und Resignation.
- Zukunftsfähige Kommunen sind menschen- und umweltgerecht. Essentielle Herausforderung für zukunftsfähige Kommunen ist der Schutz der Lebensräume für Tiere und Pflanzen und die Schonung der Ressourcen. Sie gehen sorgsam mit Wasser, Luft und Boden um und nutzen effizient die ihnen zur Verfügung stehende Fläche. Die Versorgung mit erneuerbarer Energie macht die Kommune unabhängig von unkalkulierbaren Entwicklungen und Risiken.
- Zukunftsfähige Kommunen wirtschaften effizient. Dort sitzen öko-zertifizierte Unternehmen, die sich zu einem gesunden Branchenmix zusammenfügen. Dort gibt es viele Beschäftigte, aber einen geringen Energie- und Flächenverbrauch. Produkte über-

zeugen durch regionale Herkunft und umwelt- und artgerechte Herstellung oder stammen aus fairem Handel.

- In einer zukunftsfähigen Kommune ist Bürgerbeteiligung selbstverständlich. Die Menschen, die dort leben, können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Gegensätzliche Interessen werden durch Kooperationen und gemeinsames Planen rechtzeitig angegangen. In „Zukunftsfähige Kommunen“ ist die frühzeitige Beteiligung verschiedener Akteure, seien es Bürger, Vertreter von Interessengruppen wie IHK, Umweltverbände, soziale Gruppen, Gewerkschaften etc. an den verschiedenen Planungen eine Selbstverständlichkeit. Immer wieder zeigt es sich, dass eine rechtzeitige Beteiligung zu klar formulierten Bedingungen sinnvoll ist und zu erfolgreichen Projekten führt.

Carla Vollmer, Deutsche Umwelthilfe e.V.

www.lifeguide-muenchen.de/downloads/Zukunfts.doc



Ina Köhnkow, Schönebeck

„Ich kandidiere für den Stadtrat, um dort den hier lebenden Minderheiten eine Stimme zu geben und auf deren Lebensweise und Probleme aufmerksam zu machen. Gleichzeitig will ich auf parlamentarischer Ebene die Arbeit von antifaschistischen Jugendgruppen unterstützen, den alltäglichen Rassismus in der Gesellschaft thematisieren und die öffentliche Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und rechtsextremistisch motivierter Gewalt fördern.“



Stefan Müller, Hettstedt/Mansfelder Land

„Ich kandidiere, weil nicht alle Menschen, vor allem Jugendliche, frustriert ihre Heimat verlassen können, sondern an der Verbesserung ihrer Lebenssituation selbst mitwirken müssen.“

Oliver Müller, Magdeburg

„Reden allein hilft nicht: Tun ist besser als Meinen! Eine sozial gerechte Zukunft für alle Menschen kann es nur links geben! Deshalb mit der PDS für ein sozial gerechtes und kulturvolles Magdeburg voller Charme und Esprit. Ich bin dafür!“



Torsten Eckert, Eilsleben/Bördekreis

„Warum ich kandidiere? Das ist ein heißes Eisen. Ich möchte meine Vorstellungen über das Leben auf dem Land einbringen und mitgestalten. Kultur, Sport, Schule, Kindergarten – das sind Dinge, die mir wichtig sind.“



Barbara Bester, Burg/Jerichower Land

„Ich möchte mich auch in der kommenden Legislatur für die Wirtschaftsförderung in der Stadt Burg und im Kreisgebiet Jerichower Land stark machen und Einfluss darauf nehmen, dass die wenigen Bundes- und Landeszuweisungen bei uns sinnvoll eingesetzt werden.“



Anke Ernst, Hettstedt/Mansfelder Land

„Ich kandidiere, weil ich es wichtig finde, dass man sich in unserer Region für die Interessen der Jugendlichen einsetzt, denn vor allem an der Kultur für die Jugend sollte nicht gespart werden.“

2030 Kandidaten sagen: Für soziale Kommunen!



Klaus Czernitzki, Haldensleben/Ohrekreis

„Ich bin seit 1999 im Stadtrat von Haldensleben und war dort Vorsitzender des Umweltausschusses. Neben der Umweltpolitik schlägt mein Herz für die Jugend-, Kultur- und Sportpolitik, und ich will mich dafür einsetzen, dass die freiwilligen Aufgaben der Kommune wie Pflichtaufgaben behandelt werden, um nicht immer zuerst und nur hier zu sparen.“



Kerstin Gräber, Schönebeck

„Ich möchte mich für die Durchsetzung sozialstaatlicher Prinzipien einsetzen. Das heißt z.B., dass der Gang zum Arzt nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf, sondern für jeden Bürger gleichberechtigt in Anspruch genommen werden kann. Für mehr Mitbestimmung und mehr Gleichberechtigung der Frau auf allen gesellschaftlichen Ebenen!“

Jana Bork, Magdeburg

„Die bauliche Substanz und Ausstattung der Schulen, vor allem im Grund- und Sekundarschulbereich, muss verbessert werden. Ich werde mich für die Senkung der Musikschulgebühren einsetzen. Instrumental- und Gesangsunterricht darf nicht zum Privileg der oberen Bevölkerungsschicht werden!“

**Hans-Werner Brüning, Magdeburg**

„Ich kandidiere zum vierten Mal für den Stadtrat, weil ich mich mit Leib und Seele für die Magdeburger Bevölkerung einsetze. Seit 1990 habe ich mit der Stadtratsfraktion der PDS und vielen Partnern für die sozialen und kulturellen Belange gestritten. Das will ich gerade unter den Bedingungen des Sozialraubes mit all meiner Kompetenz und Kraft auch weiterhin tun. Auf die PDS im Rathaus war immer Verlass. Das soll künftig nicht anders werden.“

**André Dietzsch, Tollwitz/Merseburg-Querfurt**

„Das Interesse an Politik wurde nicht zuletzt durch mein Jura-Studium geweckt. Ich möchte mehr Jugend in die Kommunalpolitik bringen und Engagement zeigen.“

**Christian Härtel, Wernigerode**

„Ich kandidiere, weil ich mich für eine bürgernahe und sozial gerechte Kommunalpolitik engagieren möchte, weil ich mich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen möchte, die kaum eine Lobby haben, und weil ich die einfallsslose Rotstift-Politik zulasten der Schwachen in den Städten und Gemeinden ablehne.“

**Daniela Kolditz, Hettstedt/Mansfelder Land**

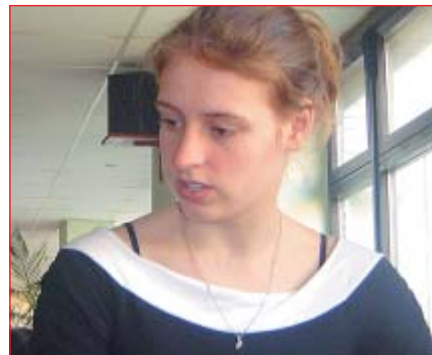
„Ich kandidiere, weil Politik auch der Jugend wieder Spaß machen soll und ich hier, wo ich lebe, selbst bestimmen will, was das Beste für mich ist.“

**Hendrik Lange, Halle**

„Halle sollte als Bildungs- und Wissenschaftsstandort profiliert werden. Gegen soziale Ausgrenzung beim Zugang zu den Bildungs- und Kultureinrichtungen der Stadt Halle! Für einen bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr und eine fahrradfreundliche Stadt! Für ein offenes und tolerantes Halle!“

Franziska Godau, Halle

„Eine zukunftsfähige Stadt muss Lebensperspektiven bieten. Der Stadtumbau ist eine der zentralen Aufgaben kommunaler Politik in den nächsten Jahren. Stadtumbau ist weit mehr als Abriss. Stadtumbau muss an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein.“

**Martin Jante, Wittenberg**

„Ich werde mich im Kreistag besonders für die Belange der Jüngsten einsetzen, vor allem in den Bereichen Sport, Freizeit und Bildung. Bildung einmal aus der Sicht eines frisch gebackenen Abiturienten. Für die PDS kandidiere ich, weil ich dort meine Interessen und Belange am ehesten vertreten sehe.“

**Mario Lenke, Hettstedt/Mansfelder Land**

„Ich kandidiere für den Stadtrat, weil ich aktiv mithelfen möchte, die Situation in meiner Stadt zu verbessern und ihre Probleme zu lösen. Da die kommunale Politik dafür eine gute Ausgangsposition ist, stelle ich mich zur Wahl. Durch meine Arbeit bei den ROTfächsen und mein relativ junges Alter beschäftigen mich natürlich vorrangig die Probleme der Jugendlichen in Hettstedt. Dieses Thema ist mir ein großes Anliegen, denn die Jugend ist die Zukunft dieser Stadt.“



Es geht auch anders – alternative Politikangebote der PDS

von Matthias Gärtner und Matthias Höhn

Zufriedenheit. Zufriedenheit und auch ein wenig Stolz machte sich kürzlich breit unter den Initiatoren und Unterstützern des Volksbegehrens gegen die massiven Verschlechterungen bei der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt.

Die Landesregierung hatte beschlossen, sich nicht mehr an der Spitze zu orientieren, was bei diesem Thema in Sachsen-Anhalt bisher immer der Fall war, sondern am Mittelmaß. Nach dem Motto: Unser Land hat wenig Geld, unsere Menschen müssen kürzer treten – auch die Kinder. Dass Sparen an den Kindern keine Sicherung von Zukunftsfähigkeit ist, obwohl dies CDU, FDP und SPD fortwährend behaupten, sondern das glatte Gegenteil, und dass wir dem andauernden Trend der Abwanderung und Vergreisung der neuen Bundesländer nur entgegenwirken können, wenn wir die wenigen, aber vorhandenen Mittel vor allem in Bildung, Forschung und Kinder- und Jugendarbeit stecken, war offensichtlich keine fixe Idee der Initiatoren des Volksbegehrens oder der PDS.

Über 250.000 Menschen in Sachsen-Anhalt leisteten genau dafür ihre Unterschrift – diese Zahl bestätigte der Landeswahlleiter vor wenigen Tagen. Darum die Zufriedenheit. Darum der Stolz. Und fürwahr, solche Erfolge sind selten im außerparlamentarischen Ringen um Veränderung. Sind Alternativen etwa doch möglich und machbar?

Nein zu sagen – das ist nicht schwer. Man wird ein bisschen seinen Frust los, man kann immer sagen, das sei alles nicht die eigene Schuld gewesen. Insofern ist ein erfolgreiches Volksbegehren viel mehr als ein einfaches Nein zu den Kürzungen. Das „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ legte den Menschen in Sachsen-Anhalt eine Alternative zur Unterschrift vor. Die PDS als parlamentarische Kraft und Bündnismitglied lieferte einen Vorschlag, wie das Ganze zu bezahlen sei bei knappen Kassen. CDU und FDP halten bis dato dennoch an ihrem Kurs fest – Kinder arbeitsloser Eltern brauchen weniger Betreuung und Bildungsvermittlung. Soziale Spaltung der Gesellschaft schon mit drei oder vier Jahren. Wer da noch von Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung redet, träumt sich die Welt zurecht. Es geht um die Rechte der Kinder, die nicht von der sozialen Situation in der Familie abhängig gemacht werden dürfen.

Chaos pur bei CDU und FDP

Allerdings ist dies zwei Jahre nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt nicht der einzige Punkt der Vernichtung von Chancen, des Abbaus von Sozialstandards oder des Kaputt-Sparens im Bildungsbereich. Eine dieser großen Chancen, die vertan wurden, ist die Kommunalreform. Nachdem CDU

und FDP 2002 erstmal alles abschafften, was PDS und SPD in den Jahren davor in diesem Bereich auf den Weg gebracht hatten, kehrte sehr schnell Ernüchterung bei Regierenden wie Betroffenen ein. Bis heute ist nicht erkennbar, wohin die Reise gehen soll. Mal von der FDP dies, dann vom Innenminister das, und immer wieder mal was Neues vom Ministerpräsidenten. Chaos pur! Zwei volle Jahre hat das Land dadurch verloren. Zwei volle Jahre, in denen klar die Weichen hinsichtlich der Reform der Verwaltungsstrukturen, der Aufgabenverteilung zwischen Land, Kreisen und Gemeinden und der Fusion von Landkreisen hätten gestellt werden können. Mit der Vorlage ihres „Leitbildes zur Kreisreform in Sachsen-Anhalt“ hat die PDS eine weitere Alternative vorgelegt. Die Kriterien für eine Kreisreform sind dort klar beschrieben: Die neuen Kreise müssen den Anforderungen des europäischen Integrationsprozesses gerecht und die demographische Entwicklung muss berücksichtigt werden. Zudem gilt es, die ökonomische Rationalität und regionale Identität in Einklang zu bringen. Die künftigen Kreise brauchen die Überschaubarkeit einer Kommune und die Leistungskraft einer staatlichen Verwaltung. Das Verhältnis zwischen den Oberzentren und den Landkreisen muss produktiv und nicht konfrontativ gestaltet

werden. Die Kreise müssen den Charakter einer kommunalen Körperschaft behalten und gleichzeitig so stark sein, dass sie einen zweistufigen Verwaltungsaufbau im Land ermöglichen. Die Funktionalreform muss so gestaltet werden, dass so viele Aufgaben wie möglich vom Land in die Kreise und von den Kreisen in die Gemeindeebene übertragen werden können. Langfristig sollten Kreise, mit Ausnahme der im Norden Sachsen-Anhalts, eine Einwohnerzahl von 150.000 haben. Auf dieser Grundlage spricht sich die PDS für die Schaffung von elf Landkreisen und einer kreisfreien Stadt aus.

Hochschulen als Wachstumspotenziale

Eine andere Baustelle, auf der CDU und FDP hart daran arbeiten, die Chancen unseres Landes kaputt zu machen, sind die Hochschulen. 30 Millionen Euro sollen diese mal eben so einsparen, und am liebsten dazu auch noch freiwillig Ja sagen. Ein Hohn. Was wir bei den Jüngsten können, das kriegen wir bei den Studierenden doch erst recht hin – dachten sich wohl die Regierungsparteien, als sie ihre Pläne für eine Hochschulstrukturreform auf den Tisch legten und durch den Landtag jagten. Die PDS dagegen sieht in den Hochschulen selbst, in ihren Studierenden sowie den



Beschäftigten, aber auch in der Umsetzung von Forschungsergebnissen qualitative Wachstumspotenziale für Sachsen-Anhalt. Diese bilden letztlich die Basis für eigenständige Wirtschafts-, Beschäftigungs-, und soziale Perspektiven. Wissensbasierte Produktionen, innovative Technologien und Produkte bedürfen engagierter Fachkräfte mit kritischem Blick „fürs Ganze“. Die PDS setzt auf attraktive Studienangebote, wenn es gilt, die Abwanderung junger Leute zu verhindern. Motivations- und Persönlichkeitsbildung erhalten durch demokratisch verfasste und autonom entscheidende Hochschulen zusätzliche Impulse. Gemeinsame Verantwortung für qualifiziertes Studium, Lehre und Forschung machen Hochschulen attraktiv und zukunftsfähig. Sie bieten Freiräume für Wissensentwicklung ohne einseitig fixierten ökonomischen Rechtfertigungsdruck. Als Ausbildungs- und Arbeitsorte für Studierende und Wissenschaftspersonal sollen sie ohne Beschränkung für Interessierte aus dem In- und Ausland zugänglich sein.

Selektion darf nicht die Devise sein

Das Schild „Schwer zugänglich“ haben CDU und FDP nicht nur über Kitas und Hochschulen hängen lassen. Auch die Zeit dazwischen wird für viele junge Menschen in Sachsen-Anhalt in Zukunft zum Hürdenlauf. Im Vergleich zum letzten Schuljahr werden etwa 30 Gymnasien, 180 Sekundarschulen und 50 Grundschulen dicht machen – müssen. So wollte es die Landesregierung. Aber es gibt Alternativen! Die PDS legte gemeinsam mit der Initiative „Schule vor Ort“ einen Gegenentwurf auf den Tisch des Landtages. Dort wurden z.B. Mindestschülerzahlen vorgeschlagen, die auf der einen Seite vor der nicht zu leugnenden demografischen Entwicklung nicht die Augen verschlossen, aber ein notwendig dichtes Schulnetz in Sachsen-Anhalt gewährleistet hätten. Und das ohne dabei „Minischulen“ zuzulassen, an denen pädagogische Anforderungen auf der Strecke geblieben wären: 40 statt 60 für Grundschulen, 180 statt 240 für Sekundarschulen (sofern an einem Grundzentrum nur ein Sekundarschulstandort vorhanden ist) und 360 statt 450 für Gesamtschulen und Gymnasien.

Langes gemeinsames Lernen war und ist eine der Grundforderungen der PDS in der Bildungspolitik. Nicht zuletzt durch PISA wurde dies als wichtige Voraussetzung für optimale Wissens- und Kompetenzvermittlung nachgewiesen. Das unterschiedliche Leistungsvermögen der Kinder darf kein Grund für Auslese sein. Im Gegenteil, diese Differenziertheit kann für das Lernen sehr wohl produktiv genutzt werden – PISA-Sieger Finnland ist anschaulicher Beleg dafür.

CDU und FDP interessierte dies wenig. Sie holten die Gliederung aus der schulpolitischen Mottenkiste. Selektion heißt da die



Devise: Ab der fünften Klasse werden somit Perspektiven junger Menschen vorprogrammiert. Wer bis zur vierten Klasse nicht an der Spitze ist, schafft es später auch nicht. Hauptschulabschluss wäre dann ein Ziel für ihn, so ist die Bildungspolitik der Landesregierung wohl zu verstehen. Auf in die Wissensgesellschaft! – kann man da nur sagen. Die Umsetzung des Sekundarschulprogramms der PDS würde jeder und jedem die Chance eröffnen, nach 10 Schuljahren einen soliden Schulabschluss zu erwerben, und den weiteren Bildungsweg offen halten.

Was bleibt?

Zieht man einen Strich unter diese Dinge, was bleibt? Tipps für Neugeborene in Sachsen-Anhalt? 1. Pass ja auf, dass deine Eltern nicht arbeitslos werden, damit du nicht schon im Vorschulalter auf Bildung verzichten musst? 2. Zieh nicht aufs flache Land, damit du keine Bus-Odyssee als Schulweg vor dir hast? Oder 3. Fang mal schon an zu sparen, damit du während deines Studiums nicht auf Nebenjobs angewiesen bist und keine Studiengebühren bezahlen musst?

Nein! Was bleibt, ist die Bestätigung, dass es trotz des permanenten Gesanges von der

angeblichen Alternativlosigkeit zur Politik der Regierung auch anders geht. Die PDS wird sich nicht in bloßer Verweigerungshaltung üben. Wir haben für die Kitas, die Schulen und Hochschulen, die Kommunalstrukturen Gegenvorschläge präsentiert, darüber hinaus Vorschläge für die Entwicklung der ländlichen Räume, die auf besondere Weise von den Strukturveränderungen der letzten Jahre betroffen waren, für eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen nicht wie bisher finanziell am langen Arm verhungern lässt und öffentliche Daseinsvorsorge auch praktisch ermöglicht, oder zu den so genannten „weichen Standortfaktoren“ wie z.B. Kultur und Gesundheitswesen.

Das erfolgreiche Volksbegehren ist ein erster Schritt. Und für berechtigte Zufriedenheit bleibt kaum Zeit. Nimmt der Landtag den Gesetzentwurf des Bündnisses nicht an, kommt es zum Volksentscheid in Sachsen-Anhalt. Zum ersten Mal! Dann können die Bürgerinnen und Bürger Alternativen zur Regierungspolitik zum Gesetz machen, um zu beweisen: Es geht auch anders!

Ausführliche Informationen über die Arbeit der PDS im Landtag sind zu finden unter www.pdlsa-lt.de.

**16. Mai 2004, 10.00 Uhr, Stolberg, Gaststätte „Zum Kanzler“
Wirtschaftspolitischer Frühschoppen mit Helmuth Markov (MdEP)**

**17. Mai 2004, 18.00 Uhr, Ilsenburg
Wirtschaftsforum mit Helmuth Markov (MdEP)**

**4. Juni 2004, 19.00 Uhr, Halle, „Knolls Hütte“
Veranstaltung mit Gregor Gysi**

**8. Juni 2004, 18.00 Uhr, Wittenberg, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt
„Heißer Stuhl“ mit Gabi Zimmer**

**11. Juni 2004, 18.00 Uhr, Halle, „Bergschenke“ (Kröllwitz)
Angelika Weiz in concert**

TERMINE

Neue Arbeitsplätze in der Kreislaufwirtschaft PDS-Stadtratsfraktion Magdeburg sorgt für Innovationsschub

von Hans-Werner Brüning



In der Landeshauptstadt Magdeburg wird die Unterstützung der Kreislaufwirtschaft als eine von drei aussichtsreichen Richtungen kommunaler Wirtschaftsförderung angesehen. Als erste hat sich im Stadtrat die PDS-Fraktion dafür eingesetzt und alle Fraktionen für ihre Ideen gewonnen.

Eine einfache Logik überzeugte, die sich aus den Einbrüchen der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 ergibt. Auf welchen Gebieten haben Magdeburger Unternehmen Chancen auf Innovationen und damit auf die Schaffung dringend benötigter zukunftssicherer Arbeitsplätze? Die Auswahl ist nicht groß. Kaum in Frage kommen Raumfahrttechnik, Mikroelektronik oder Automobilbau. Anders sieht es mit neuartigen Recyclingtechnologien aus. Die Umweltgesetzgebung in Europa verlangt immer mehr den schonenden Umgang mit den Naturressourcen und die Vermeidung von Abfällen. Größere Bedeutung erlangt die Rückführung verbrauchter Materialien in den Stoffkreislauf. Was liegt also näher, als sich nach neuartigen Recyclingtechnologien umzusehen? Gerade für diese gab es Ende der neunziger Jahre in Magdeburg günstige Einführungsbedingungen. Während in den alten Bundesländern müllhungrige Verbrennungsanlagen alles schlucken, was Menschen nicht mehr benötigen, gab es in Sachsen-Anhalt noch keine Müllverbrennungsanlagen. Es war hier also möglich, Abfälle nicht als Brennstoffe, sondern als Wertstoffe zu betrachten. Die wirtschaftliche Umsetzung dieser Sicht verlangt allerdings öffentliche Förderung. Wohl wissend, dass kommunale Wirtschaftsförderung dazu alleine nicht in der Lage ist, hatten sich die Magdeburger Sozialisten im Jahr 1998 auf einer Tagung des Landesparteitages

der PDS dafür eingesetzt, dass der Landesverband die Schaffung eines Kreislaufwirtschaftszentrums in Magdeburg-Rothensee unterstützt.

Städtische Konzepte mussten entwickelt werden. Sie benötigen die Rückenstärkung durch Landespolitik, denn die Ansiedlung von Unternehmen, die neue Technologien anwenden, bedarf zielgerichteter Förderung.

Der Stadtrat von Magdeburg hat im Jahr 1999 nach umfangreichen Ausschussberatungen den PDS-Vorschlägen entsprochen und die Entwicklung eines Konzepts für die Schaffung eines Kreislaufwirtschaftszentrums in Magdeburg beschlossen. Mit der Ausarbeitung des Konzeptes hat der Stadtrat die Gesellschaft

für Wirtschaftsförderung beauftragt. Diese hat ihre Aufgabe erledigt. Neuartige Technologien der Verwertung von Auto-, Elektronikschrott-, Holz- und anderen Abfällen sind auf wirtschaftliche Verwertung untersucht worden. Namhafte Unternehmen wie Stork Comprimo oder die Genesis Projektentwicklung lieferten Studien dafür. Vorschläge für die Stoffverwertung und damit verbundene Perspektiven des Magdeburger Anlagenbaus liegen seit drei Jahren auf dem Tisch.

Mit zwei Problemen sind wir heute konfrontiert:

1. Der Stadtrat hat dem Bau eines Müllheizkraftwerkes (MHKW) in Rothensee zugestimmt, durch das sich die stoffliche Grundlage der Recyclingwirtschaft in Magdeburg deutlich einengt. Es wird eher agitatorisch als energetisches Herz des künftigen Kreislaufwirtschaftszentrums bezeichnet.
2. Es fehlen bisher private Unternehmen, die sich auf das Neuland der innovativen Recyclingtechnologien wagen. Ein hoffnungsvoller Fortschritt ist die Gründung eines Fördervereins für die Kreislaufwirtschaft im vergangenen Jahr in Magdeburg. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat diese Gründung unterstützt.

Die PDS bleibt an der Entwicklung dran, um sich für günstige Bedingungen und eine beschleunigte Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich einzusetzen.

Hans-Werner Brüning ist Vorsitzender der Stadtratsfraktion der PDS in Magdeburg und kandidiert bei der Kommunalwahl am 13. Juni erneut für das Stadtparlament.



Müllheizkraftwerk (MHKW) in Rothensee engt stoffliche Grundlage der Recyclingwirtschaft in Magdeburg deutlich ein.



Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber:

Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur:

Matthias Höhn (Mdl)

Redaktion:

Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (Mdl), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout:

Andrea Johlige

Druck:

UngerDruck, Barleben

Auflage:

20.000 Exemplare

Preis:

Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

3. Mai 2004 · klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahren der Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift:

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40,

Fax: 03 91/7 32 48 48,

E-Mail: landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Wahlrechtliches:

Kommunalwahlen sind Wahlen zu den Kreistagen, den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Ortschaftsräten. Es sind reine Personenwahlen, bei denen der Wähler letztlich entscheidet, in welcher Reihenfolge die Bewerber in den jeweiligen Rat einziehen. Die auf dem Wahlzettel ausgedruckte Reihenfolge hat nur informierenden Charakter, alle Bewerber treten zu diesen Wahlen gleichberechtigt an. Jeder Bürger hat für jede beim ihm zu wählende kommunale Ebene drei Stimmen zu vergeben. Man kann alle drei Stimmkreuze bei einer Person machen, seine Stimmen auf mehrere Personen – auch quer über die Wahlvorschläge hinweg – verteilen.

Bei der Europawahl hat jeder Bürger eine Stimme für die antretende Partei zu vergeben. Die eingereichten Listen der Parteien sind in der Reihenfolge verbindlich. Für jeden Kandidaten auf der Liste gibt es einen Ersatzkandidaten, der der erste Nachrücker für diesen Listenplatz ist.

Am 13. Juni Sozial wählen!



Für die PDS im Kreistag.



Für die PDS in Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsrat.



Für die PDS im Europäischen Parlament.

Soziale Kommune. Soziales Europa.

**Denn hier
sind wir
zu Hause.**

www.pds-sachsen-anhalt.de